

STAAT, GELD, KATASTROPHE

VON THORSTEN POLLEIT

ÜBERWINDUNG DER KRISE DURCH GUTES GELD
ZUR NOTWENDIGKEIT EINER MARKTWIRTSCHAFTLICHEN GELDORDNUNG

2. GELDPOLITISCHE KONFERENZ DER
FRIEDRICH AUGUST VON HAYEK-GESELLSCHAFT

23. FEBRUAR 2012

KÖNIGSTEIN I. T.

—Entwurf, bitte nicht zitieren—

1. Einleitung

Der Staat soll, so die herrschende Meinung, die Hoheit über das Geld haben: Eine staatliche Zentralbank, nicht der freie Markt, soll die Instanz sein, die die (Letzt)Entscheidung über Art und Menge des umlaufenden Geldes trifft.

Die staatlich monopolisierte Geldordnung wird gleichermaßen von (Ordo)Liberalen, Monetaristen, Keynesianern, Post- und Neo-Keynesianern befürwortet – wengleich ihre Begründungen im Einzelnen auch voneinander abweichen mögen.

Die Gefahr des Missbrauchs mit einer staatlich beherrschten Notenpresse wird dabei durchaus erkannt. Gebannt werden soll sie zum einen dadurch, dass die staatliche Zentralbank in die *politische* Unabhängigkeit entlassen wird.

Zum anderen, indem die staatliche Zentralbank den Auftrag erhält, die Inflation niedrig zu halten, keine öffentliche Haushaltsfinanzierung zu betreiben, und nur dann die Konjunktur zu stützen, wenn dadurch keine Inflation entsteht.

Dieser *Ordnungskonsens* hat nahezu überall auf der Welt nationalstaatliche Geldmonopole hervorgebracht: in den Vereinigten Staaten, im Euroraum, in Japan, in Großbritannien und in der Schweiz, um nur einige zu nennen.

Mit der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise, die etwa Mitte 2007 ihren Ausgangspunkt in den Vereinigten Staaten von Amerika genommen hat, treten nun aber die Schäden *offen* zutage, die die staatlichen Geldmonopole angerichtet haben.

Die von ihnen über Jahrzehnte aufgetürmte Schuldenpyramide bricht zusammen, die Produktions- und Beschäftigungsstrukturen können nur noch vor dem ökonomischen Kollaps bewahrt werden, indem immer mehr Geld in Umlauf gebracht wird.

Das Geldmengenausweiten wird begleitet von Politiken, die gegen den freien Markt „ankämpfen“: wie zum Beispiel Kursmanipulationen von Staatsanleihen und das Erlassen von Transaktionsverboten.

Im Vordergrund steht dabei jedoch das Drucken von immer mehr Geld. Wenn immer mehr Geld in Umlauf gebracht wird, um Pleiten von Staaten, Geschäftsbanken,

Unternehmen und Konsumenten abzuwenden, kommt es unweigerlich zu Geldentwertung, Hyperinflation, und im Extremfall sogar zur völligen Zerstörung des Geldes.

Wer um die Bedeutung des Geldes in national und international arbeitsteilig organisierten Volkswirtschaften weiß, der erkennt sogleich, welche ökonomischen, politischen und sozialen Tragödien aus der Geldwertzerstörung erwachsen müssen.

Wie lassen sich die Missstände erklären, die schiefe und immer schiefer werdende Bahn, auf die die großen Volkswirtschaften geraten sind? Sind die Anreize, die das Handeln der Geldbehörden leiten, falsch gesetzt worden? Kann das staatliche Geldsystem durch *parametrische Reformen* auf eine solide Grundlage gestellt werden?

Oder muss das staatliche Geldmonopol *notwendigerweise* in den Ruin des Geldes führen aufgrund unüberwindbarer ökonomischer Gesetzmäßigkeiten – ökonomische Gesetzmäßigkeiten, an denen auch die sozialistischen Gesellschaftssysteme im ausgehenden 20. Jahrhundert scheitern *mussten*?

Im Versuch, diese Fragen zu beantworten, werde ich das polit-ökonomische Wesen des *Staates* und insbesondere seinen Expansionsdrang einer polit-ökonomischen Betrachtung unterziehen.

Diese Erkenntnisse dienen dazu, die Entwicklung des Geldwesens bis hin zur aktuellen Krise zu *rekonstruieren* und – als Lösungsempfehlung – den Währungswettbewerb, vorgeschlagen von Friedrich August von Hayek (1899 – 1992), zu rationalisieren.

2. Staat

Der Ausgangspunkt der folgenden Überlegungen ist die Frage: *Was macht die freie Marktordnung aus?* Die Antwort kann kurz und knapp ausfallen: der unbedingte Respekt und die Wahrung der Eigentumsrechte des Einzelnen.

Mit Eigentum ist – in der naturrechtlichen-liberalen genauso wie in der (axiomatisch-)libertären Lehre – das Eigentum des Individuums am eigenen Körper (Selbsteigentum) und das Eigentum an den in eigener Arbeitsleistung erschaffenen Gütern gemeint.

In einer Marktwirtschaft kann Eigentum auf drei (und nur drei) Wegen erworben werden: durch *Inlandnahme* von bisher nicht von anderen beanspruchten Naturressourcen („Homesteading“), durch *Produktion* und durch *freiwilligen Tausch* (einschließlich Schenkung).

„Es gibt zwei grundsätzlich entgegengesetzte Mittel,“ so der deutsche Soziologe und Ökonom Franz Oppenheimer (1864 – 1943), „mit denen der überall durch den gleichen Trieb der Lebensfürsorge in Bewegung gesetzte Mensch die nötigen Befriedigungsmittel erlangen kann: Arbeit und Raub, eigne Arbeit und gewaltsame Aneignung fremder Arbeit.“¹

Arbeit ist das markkonforme Mittel, Raub (einschließlich Unterschlagung, Veruntreuung, Enteignung etc.) ist das marktinkonforme Mittel, um in den Besitz von Gütern zu gelangen.

Weil es immer Menschen gibt und geben wird, die Raub der Arbeit vorziehen, wäre ein friedliches, produktives Zusammenleben unmöglich, gäbe es nicht Regeln, die das Eigentum sichern und Verletzungen des Eigentums wirksam bestrafen.

Jeder Einzelne hat *natürlich* das Recht, sich gegen Eigentumsrechtsverletzung zu schützen. Kann aber aus diesem Recht gefolgert werden, dass Recht und Sicherheit zu monopolisieren sind, wie dies heutzutage durch den *Staat* erfolgt?

Um diese Frage zu beantworten, bedarf es zunächst einer Klärung, was unter Staat gemeint ist. Denn mit dem Begriff Staat verbinden sich üblicherweise viele Inhalte wie etwa der mitgliedschaftliche Charakter des Gemeinwesens („polis“, „politeia“, oder „civitas“) oder die vernünftige Öffentlichkeit („res publica“).

Im heutigen Sprachgebrauch wird Staat meist mit einem *abstrakten Kollektiv* und seiner territorialen-zentralen Herrschaft sowie vor allem seinem Anspruch auf das Gewaltmonopol verbunden (wie es der absolutistische Fürstenstaat im 15. und 16. Jahrhundert hervorgebracht hat).

¹ Oppenheimer, F. (1926), *Der Staat*, 3. Aufl., S. 19.

Entsprechend erklärt sich auch die *positive* (d. h. die Realität abbildende) Definition des Staates aus Sicht der libertären Lehre: Der Staat, so Murray N. Rothbard (1926 – 1995), ist der territoriale Monopolist für Recht (also Rechtssetzung und –sprechung) und Sicherheit, der zudem die Macht zur Besteuerung hat.²

Wie vergleicht sich diese libertäre *positive Definition* mit der *normativen* (also der empfehlenden) *Definition* des Staates, wie sie vom deutschen Philosophen Immanuel Kant (1724 – 1804) vorgebracht wurde?

Der Staat soll nach Kant ein allgemeinverbindliches, universell anwendbares Recht sicherstellen. Staat und allgemeinverbindliches, universell anwendbares Recht leiten sich bei ihm aus dem *Freiheitsrecht* des Einzelnen ab.

„Freiheit“, so schrieb Kant in *Metaphysik der Sitten* (1797), „sofern sie mit jedes anderen Freiheit nach einem allgemeinen Gesetz zusammen bestehen kann, ist dieses einzige, ursprüngliche, jedem Menschen kraft seiner Menschheit zustehende Recht.“³

Kant erklärte genau, was unter Recht zu verstehen ist: „Das Recht ist also der Inbegriff der Bedingungen, unter denen die Willkür des einen mit der Willkür des anderen nach einem allgemeinen Gesetze der Freiheit vereinigt werden kann.“⁴

Und weiter: „Ein Staat (*civitas*) ist“, so Kant, „eine Vereinigung einer Menge von Menschen unter Rechtsgesetzen.“⁵ Für Kant ist die Verbindung der Gesellschaftsmitglieder miteinander ein für alle und überall gleichermaßen geltendes Recht.

² Die *libertäre Theorie* (Libertarianism) wurde insbesondere von Murray N. Rothbard (1926 – 1995) und nachfolgend von Hans-Hermann Hoppe (weiter)entwickelt. Siehe zum Beispiel Rothbard, M. N. (2006 [1970]), *Power and Market, Government and the Economy*, 4th ed., Ludwig von Mises Institute, Auburn, US Alabama, insbesondere Kapitel 5, S. 233; Rothbard, M. N. (2006 [1973]), *For a New Liberty, The Libertarian Manifesto*, 2nd ed., Ludwig von Mises Institute; Hoppe, H. H. (2006), *Democracy, The God That Failed: The Economics and Politics of Monarchy, Democracy, and Natural Order*, Transaction Publishers, New Brunswick (US) and London (UK).

³ Kant, *Metaphysik der Sitten*, (1990), S. 76 [237-238].

⁴ Ebenda, 66-67 [229-230].

Kant erwähnt zwar ausdrücklich den Einsatz von *Zwang*, um die Allgemeinverbindlichkeit des Rechts, das die Freiheit bewahren soll, sicherzustellen: „Das Recht ist mit der Befugnis zu zwingen verbunden.“⁶

Kant meint damit aber keinen *Unterdrückungszwang* (der den Willen des einen unter den Willen des anderen zwingt), gemeint ist das „Gesetz eines mit jedermanns Freiheit notwendig zusammenstimmenden wechselseitigen Zwanges unter dem Prinzip der allgemeinen Freiheit.“⁷

Klassische Liberale dürften Kants Verständnis von Freiheit, Recht und Staat zustimmen. Schließlich spielt der Staat auch in ihren Gestaltungsempfehlungen eine wichtige Rolle: Der Staat soll das Monopol über Recht und Sicherheit innehaben und so für Recht und Sicherheit sorgen.

Gleichzeitig soll der Staat jedoch, so die klassische liberale Lehre, in Schranken gehalten werden – etwa durch Verfassungen, Machtaufteilung etc. –, damit er nicht zum Tyrann wird und die Freiheit zerstört.

Dass die Allgemeinverbindlichkeit des Rechts und die Sicherheit durch ein *Staatsmonopol*, wie es heute international wohl überall anzutreffen ist, bewerkstelligt werden *muss* (oder gar sollte), lässt sich aus Kants Rechtslehre jedoch *nicht* notwendigerweise ableiten.

⁵ Ebenda, S. 169 [312 – 313]. „Die zur Gesetzgebung vereinigten Glieder ... eines Staates heißen Staatsbürger (*societas civilis*), und die rechtlichen, von ihrem Wesen unabtrennbaren Attribute derselben sind: gesetzliche Freiheit, keinem anderen Gesetz zu gehorchen, als zu welchem er seine Beistimmung gegeben hat; bürgerliche Gleichheit, keinen Oberen im Volke in Ansehung seiner zu erkennen als nur einen solchen, den er eben so rechtlich zu verbunden das moralische Vermögen hat, als dieser in verbunden kann ...“

⁶ Kant, *Metaphysik der Sitten*, (1990), S. 68.

⁷ Ebenda, siehe S. 69. Zur Erläuterung greift Kant auf eine Analogie zurück: nämlich der Möglichkeit, dass sich freie Körper unter der Gleichheit der Wirkung und Gegenwirkung bewegen müssen.

Eine solche Schlussfolgerung muss vielmehr als *non sequitur* erscheinen, etwa wie der folgende Satz: Wenn man einen Affen sieht, der Fahrrad fährt, so lässt sich daraus *nicht* logisch schlussfolgern, dass *nur* Affen Fahrrad fahren können.⁸

Vielmehr wird – und dass soll im Folgenden mit Verweis auf die libertäre Lehre gezeigt werden – die Freiheit (immer weiter) zerstört, und zwar *notwendigerweise*, wenn der Staat das Monopol für Recht und Sicherheit innehat.⁹

Diese Schlussfolgerung ist vermutlich überraschend, weil sie die klassische liberale Position in ihren Grundfesten erschüttert. Daher sollen die Argumente, die dieser Schlussfolgerung zugrundeliegen, genauer betrachtet werden.

Das Vorhandensein von Privateigentum muss der Staatsbildung *zeitlich notwendigerweise* vorangehen; nicht nur die reine Theorie, auch die Geschichte zeigt hier ein eindeutiges Bild. Das Phänomen – oder Problem – des Staates stellt sich erst ein, wenn (Privat)Eigentum bereits besteht.

Hat sich Eigentum herausgebildet, werden Eigentümer Recht und Sicherheit für ihr Eigentum *nachfragen*. In einer *freien Marktwirtschaft* können diese Bedürfnisse im Zuge freiwilliger vertraglicher Vereinbarungen befriedigt werden.

⁸ Dieses Bild habe ich Hans-Hermann Hoppe entliehen, der es in *Der Wettbewerb der Gauner* (2012) verwendet.

⁹ In der herrschenden „Public Choice“-Lehrmeinung wird der Staat als Zwangsmonopolist üblicherweise dadurch legitimiert, dass auf die *freie Vertragsgestaltung* („Social Contract“) verwiesen wird. Die Theorie des Staates als freiwillige vertragliche Vereinbarung – die sich auf die Arbeiten von Thomas Hobbes in *De Cive* (Kapitel 5 – 7) und *Leviathan* (Kapitel 17 – 19) zurückführen lässt – ist aus libertärer Sicht unhaltbar. Die führenden Vertreter der Public Choice School, Buchanan und Tullock, geben zu, dass kein Staat und keine Staatsverfassung auf einer ausdrücklichen Zustimmung aller Mitglieder oder einem expliziten Vertrag ruhen. Den endgültigen Beweis ihrer These, dass der Staat dennoch durch eine „stillschweigende Übereinkunft“ legitimiert sei, bleiben sie jedoch schuldig. Siehe Buchanan, J. M., Tullock, G. (1962), *The Calculus of Consent: Logical Foundations of Constitutional Democracy*, Ann Arbor Paperbacks; Buchanan, J. M. (1975), *The Limits of Liberty: Between Anarchy and Leviathan*, University of Chicago Press.

In einer arbeitsteiligen Wirtschaft würden sich auf Recht und Sicherheit spezialisierte Unternehmen herausbilden (wie etwa Versicherungsunternehmen), um die Nachfrage nach Recht und Sicherheit der Eigentümer zu befriedigen.

Niemand würde *jedoch freiwillig* ein für alle Mal das Wohl und Wehe über seine Person und sein Eigentum an ein *Monopol* (das ja notwendigerweise aus einer Gruppe von Menschen besteht) abtreten, ein Monopol, das die Macht hat, Ausmaß und Preis für Recht und Sicherheit *unilateral* zu bestimmen

In einer Rechtsgesellschaft kann das auch gar nicht geschehen, weil bei einem solchen unwiderruflichen Unterwerfen das Individuum fortan nicht mehr uneingeschränkter Eigentümer seiner Person und seiner physischen Güter wäre; es würde sich de facto in die *Sklaverei* begeben.

Und ein unwiderrufliches Unterwerfen unter ein Monopol wäre unvereinbar mit dem *a priori des Eigentums* (also dem Selbsteigentum und dem Eigentum an den selbst erwirtschafteten Gütern), das den Kern der liberalen-libertären Lehre darstellt.

Dass heutzutage der Staat der territorial Monopolist für Recht und Sicherheit mit der Macht zur Besteuerung ist, ist vielmehr das untrügliche Zeichen dafür, dass seine Machtstellung (irgendwann einmal) gewaltsam *erzwungen* wurde.¹⁰

Es soll an dieser Stelle nicht weiter diskutiert werden, wie allgemeinverbindliches Recht und Sicherheit zu organisieren sind – als staatliches Monopol oder als Wettbewerbssystem, wie es der libertäre Gegenentwurf zur herrschenden Sichtweise vorsieht.¹¹

¹⁰ So schrieb Oppenheimer: Der Staat „ist seiner Entstehung nach ganz und seinem Wesen nach auf seinen ersten Daseinsstufen fast ganz eine gesellschaftliche Einrichtung, die von einer siegreichen Menschengruppe einer besiegten Menschengruppe aufgezwungen wurde mit dem einzigen Zwecke, die Herrschaft der ersten über die letzte zu regeln und gegen innere Aufstände und äußere Angriffe zu sichern. Und die Herrschaft hatte keinerlei andere Endabsicht als die ökonomische Ausbeutung der Besiegten durch die Sieger.“ Oppenheimer, F. (1929), *Der Staat*, S. 15.

¹¹ Siehe hier z. B. Rothbard (2006 [1973]), *For A New Liberty*, 2nd, ed., insb. Part II, 10, 11, 12.

Vielmehr werden im Folgenden die polit-ökonomischen Konsequenzen in Augenschein genommen, die das heutzutage anzutreffende Monopol des Staates über Recht und Sicherheit nach sich zieht.

Wenn Recht und Sicherheit staatlich monopolisiert sind, wird es – so die Monopoltheorie – zu einer *Verschlechterung der Qualität* von Recht und Sicherheit kommen, bei gleichzeitig steigenden Kosten (also steigender Besteuerung).

Zudem wird sich der Staat immer weiter ausdehnen zu Lasten der Privatwirtschaft; ein *Minimalstaat* wird früher oder später zu einem *Maximalstaat*. Auch den Staat ein- und begrenzende Institutionen wie Verfassungen werden das nicht verhindern.

Verfassungen bedürfen der Interpretation, und dies erfolgt durch Richter und Gerichtshöfe, die im *Dienst des Monopols* stehen, und die folglich den Interessen des Staates in (lebens)wichtigen Entscheidungen nicht entgetreten werden.

Maßnahmen, die ein Ausdehnen des Staates, der Monopolist für Recht und Sicherheit ist, verhindern wollen, werden die in sie gesetzten Hoffnungen enttäuschen, weil sie *unlogisch* sind.

Hierzu zählt zum Beispiel die Forderung der *Ordoliberalen* nach *Machtdezentralisierung* – wie etwa von Wilhelm Röpke (1899 – 1966) favorisiert. In diesem Sinne wird vielfach ein Europa gefordert, das aus einzelnen Monopolstaaten besteht.

Der (wirtschaftliche) Wettbewerb zwischen den Einzelstaaten und das Prinzip der Subsidiarität sollen sicherstellen, dass es zu „besseren Regierungspolitiken“ kommt und vor allem die Freiheit erhalten bleibt.

Doch aufgrund ihres innewohnenden *Expansionsdranges* werden auch kleine staatliche Zwangsmonopole früher oder später miteinander kooperieren, um zum Beispiel den Steuer- und Währungswettbewerb einzugrenzen.

Der Expansionsdrang des Staates (zu Lasten der Privatwirtschaft) wird angeheizt, wenn das Gewaltmonopol *öffentliches Eigentum* ist, wie es im Falle der *parlamentarischen Demokratie* der Fall ist.

In einer Demokratie müssen nämlich diejenigen, die in ein Staatsamt gewählt werden wollen, *Stimmenmehrheiten* auf sich vereinen. Diese lassen sich erzielen, wenn den Wählern finanzielle Wohltaten in Aussicht gestellt werden, die diese selber nicht erwirtschaften können und/oder wollen.

Die Wähler, wenn sie eigennutzorientiert handeln, was zu erwarten ist, wählen Regierungsvertreter, durch deren Politiken sie besser gestellt werden – auch wenn das zu Lasten anderer geht.

Um die damit unweigerlich verbundenen *Eigentums(rechts)verletzungen* zu legitimieren beziehungsweise den Widerstand gegen sie abzumildern, greift der Staat auf verschiedene Strategien zurück.

Der Staat leistet *ideologische Überzeugungsarbeit*.¹² Der Bevölkerung wird erklärt, die Existenz des Staates und sein Ausdehnen seien wohlfahrtsmehrend. Der Staat Sorge für „öffentliche Güter“ wie Infrastruktur, Sozialversicherungen und Sicherheit, die allen zugute kommen, und die ohne ihn gar nicht bereitgestellt werden *könnten*.

Um breite Zustimmung für seine fortwährenden *Beutezüge* zu erreichen, verfolgt der Staat üblicherweise die Politik des *divide et impera*: Ein Teil der Steuereinnahmen wird wieder an das Wahlvolk (zurück)umverteilt.

Ein Instrument, um die Opposition gegen Existenz und Ausdehnung des Staates klein zu halten, ist die Androhung von *Strafe*: Wer zum Beispiel seine Steuern nicht zahlt, dem drohen Strafzahlungen, ja sogar Freiheitsentzug.

Die Expansion des Staates bedarf der Finanzierung. Dazu steht dem Staat prinzipiell nur eine Quelle offen: die Güter, die seine Bürger erwirtschaften. Um in den Besitz dieser Ressourcen zu kommen, können verschiedene Wege beschritten werden.

¹² Die ideologische Überzeugungsarbeit übernehmen vor allem diejenigen, die für staatliche Lehranstalten tätig sind – Friedrich August von Hayek hat sich in seinem Aufsatz „The Intellectuals and Socialism“ (1949) ausführlich damit beschäftigt.

Der Staat kann seine Subjekte besteuern in Form von Güter- und Geldabgaben. Beides stößt jedoch, weil die Belastungen für die Betroffenen unmittelbar offensichtlich sind, in der Regel rasch auf Widerstand.

Politisch attraktiver ist das *Schuldenmachen*: Der Staat leiht sich Geld, um damit seine Ausgaben zu finanzieren. Eine Bevölkerung, die überzeugt ist, dass der Staat „gut“ und unverzichtbar ist, weil seine Ausgaben „wohlfahrtsmehrend“ sind, wird bereit sein, ihre Ersparnisse in „sichere“ Staatsanleihen zu investieren.

Das Ausweiten der Staatsverschuldung führt jedoch zu steigenden Zinsen (gegenüber einer Situation, in der keine Staatspapiere ausgegeben werden), und das belastet die privatwirtschaftliche Leistungsfähigkeit und damit die Einkommen, auf die der Staat in parasitärer Weise zurückgreifen kann.

Wie kann der Staat seinen finanziellen (Kredit)Spielraum in einer ihm genehmen Weise erweitern, ohne einen politisch unerwünschten Zinsauftrieb zu verursachen? Die Antwort lautet: *Er muss die Hoheit über die Geldproduktion erlangen*. Wie kann das gelingen?

3. Geld

Geld kann *nur* aus einem spontanen Marktprozess entstehen, es kann nicht „von oben“ durch einen Staatsakt oktroyiert werden, so zeigte Carl Menger (1840 – 1921) in seinem Werk „Grundzüge der Volkswirtschaftslehre“ (1871).

Eigennützig handelnde Marktakteure, so Menger, werden früher oder später erkennen, dass Arbeitsteilung und Handel für alle am Tausch Beteiligten von Vorteil sind – im Vergleich zum isolierten Wirtschaften.

Im Bestreben die Früchte der Arbeitsteilung auszuschöpfen, wird ein indirektes Tauschmittel verwendet: Das Tauschen von Gütern gegen ein indirektes Tauschmittel ist produktiver als das Tauschen von Gut gegen Gut (also der Naturaltausch).

Dasjenige indirekte Tauschmittel, das sich (aufgrund seiner physischen Eigenschaften) am relativ besten zum Tauschen eignet, wird zum allgemeinen akzeptierten Tauschmittel erhoben, wird zu Geld.

Menger betonte, dass der Staat bei der Geldentstehung keine Rolle spielt: „Das Geld ist keine staatliche Erfindung, nicht das Product eines legislativen Actes und die Sanction desselben Seitens der staatlichen Autorität ist demnach dem Begriffe des Geldes überhaupt fremd.“¹³

Ludwig von Mises gab 1912 mit seinem *Regressionstheorem* Mengers Analyse eine *axiomatische Begründung*. Er zeigte auf, dass Geld aus einem Sachgut entstanden sein muss, aus einem Gut, das, bevor es zu Geld wurde, aufgrund seines nicht-monetären Nutzens wertgeschätzt wurde.

Ohne diese Gründung in einem intrinsisch wertvollen Sachgut könnte der Tauschwert des Geldes nämlich gar nicht bestimmt werden, so Mises. Intrinsisch wertloses Papiergeld und elektronisches Geld können nicht aus dem freien Markt entstehen.

Diese Erkenntnis hebt auch Jörg Guido Hülsmann in „Die Ethik der Geldproduktion“ (2007) hervor: „Papiergeld ist niemals durch freiwillige Kooperation zustande gekommen. In allen bekannten Fällen wurde es durch Zwang und Nötigung eingeführt, manchmal unter Androhung der Todesstrafe.“¹⁴

Jeder Staat, der entsteht, findet also zunächst und notwendigerweise Sachgeld vor. Um die Hoheit über das Geld zu erlangen, muss er das Sachgeld aus dem Verkehr ziehen und durch sein eigenes Geld ersetzen.

Das geschieht in einem ausgedehnten Prozess, an dessen Ende der Staat die Eintauschverpflichtung der ausstehenden Banknoten und Buchgeldkonten in das unterlie-

¹³ Menger, C. (1871), Grundsätze der Volkswirtschaftslehre, Wilhelm Braumüller, Wien, S. 259.

¹⁴ Hülsmann, J. G. (2007), Die Ethik der Geldproduktion, S. 200.

gende Sachgut aufhebt; Rothbard hat das in „What Has Government Done To Our Money?“ (1963) eingehend beleuchtet.¹⁵

Die letzten Überreste des (freien) Marktgeldes wurden am 15. August 1971 beseitigt, als der amerikanische Präsident Richard Nixon (1913 – 1994) die Eintauschverpflichtung des US-Dollar in Gold (die zu diesem Zeitpunkt bereits stark kompromittiert war) de facto endgültig aufhob.

Durch diese Maßnahme wurden alle wichtigen Währungen der Welt, die bis dahin an den US-Dollar angebunden und dadurch indirekt in Gold eintauschbar waren, zu Papier- oder Fiat-Geld. Die Staaten hatten die Hoheit über die Geldproduktion erlangt.

Ob US-Dollar, Euro, japanischer Yen, Britisches Pfund oder Schweizer Franken – sie alle sind nunmehr Fiat-Geld. Das Fiat-Geld ist eine besondere Form des Geldes, es zeichnet sich durch drei Eigenschaften aus.

Erstens: Es ist staatliches Monopolgeld, das von staatlichen Zentralbanken, die das Geldangebotsmonopol halten, in Umlauf gebracht wird.

Zweitens: Fiat-Geld stellt intrinsisch wertloses Material dar in Form von bedrucktem Papier oder Einträgen auf Computerfestplatten („Bits and Bytes“).

Drittens: Fiat-Geld wird durch *Bankkreditvergabe* geschaffen, und zwar ohne dass es durch „echte Ersparnis“ gedeckt wäre. Es ist Geldmengenausweitung „ex nihilo“, mit weitreichenden Konsequenzen.

Das Geldmengenausweiten „aus dem Nichts“ führt zu *ökonomischen Missständen* wie Geldwertschwund, Fehlinvestitionen und „Boom-and-Bust“-Zyklen.

Es befördert zudem *ethische Missstände*: eine nicht-marktkonforme Einkommensverteilung und vor allem einen immer weiter ausufernden Staat, der den Grundpfeiler der freien Marktwirtschaft, das Privateigentum, zerstört.

4. Katastrophe

¹⁵ Siehe Rothbard, M. N. (2008 ([1963]), What Has Government Done To Our Money?, Ludwig von Mises Institute, Auburn, US Alabama.

Der wohl offenkundigste *ethische Missstand* des Fiat-Geldes zeigt sich in seiner nicht-marktkonformen Umverteilungswirkung.

Diejenigen, die das neu geschaffene Fiat-Geld als erste erhalten, sind die Gewinner, weil sie mit dem neuen Geld Güter zu unveränderten Preisen kaufen können.¹⁶

Diejenigen aber, die das neue Geld erst später erhalten, gehören zu den Verlierern, weil sie mit dem neuen Geld nur noch zu bereits erhöhten Preisen kaufen können. Die großen Verlierer sind diejenigen, die von der neuen Geldmenge nichts abbekommen.

Diese Umverteilungswirkung wird auch als „Cantillon Effekt“ bezeichnet (benannt nach Richard Cantillon (1680 – 1734)). Kreditnehmer, insbesondere Staaten und die von ihnen Begünstigten, sind im Fiat-Geldsystem die Gewinner.

Die Eigentümer der Geschäftsbanken profitieren in besonderer Weise, weil sie an den Erträgen aus der Geldproduktion „ex nihilo“ teilhaben dürfen: Ihnen wird es staatlich erlaubt, neues Geld per Kredit in Umlauf zu bringen und auf diese Weise ein Zinseinkommen zu erzielen.

Geschäftsbanken genießen zudem weitere Privilegien, die ihnen der Staat bereitwillig gewährt, um ihre Kredit- und Geldexpansion anzuspornen. Hierzu zählen das *Teilreservesystem* und die geringen *Eigenkapitalvorschriften*, und beides erhöht die Gewinnmöglichkeiten der Geschäftsbanken.

Nun zu den *ökonomischen Missständen* des Fiat-Geldes. – Im Fiat-Geldsystem wird das Kredit- und Geldangebots erhöht, ohne dass dafür echte Ersparnis (also Konsumverzicht) zur Verfügung steht. Ein solches Geldmengenausweiten hat ökonomisch den gleichen Effekt wie eine Erhöhung der Geldmenge durch *Geldfälschung*.

¹⁶ Eine Erhöhung der Geldmenge – ob nun im Sach- oder Fiat-Geldregime – führt zu einer Verminderung des Tauschwertes einer Geldeinheit (gegenüber einer Situation, in der die Geldmenge nicht verändert wird). Fiat-Geld ist jedoch inflationärer als Sachgeld, weil in einem Fiat-Geldsystem die Geldmenge absehbar stärker ausgeweitet wird, als dies in einem Sachgeldsystem der Fall ist (das ist ja auch der Grund, warum das Fiat-Geld etabliert wird).

Doch nicht nur das. Dadurch, dass das Fiat-Geld durch Kreditvergabe in Umlauf gebracht wird, senkt sich der Marktzins unter das Niveau, das bestehen würde, wenn die Kreditmenge nicht künstlich ausgeweitet worden wäre.

Das setzt einen unheilvollen Boom in Gang. Investitionen werden realisiert, die ohne ein künstliches Herabsenken des Zinses nicht angegangen worden wären, und deren wirtschaftlicher Erfolg davon abhängt, dass der Zins künstlich niedrig bleibt oder auf immer niedrigere Niveaus abgesenkt wird.

Früher oder später muss der Boom jedoch einem Bust weichen. Der durch eine künstliche Geldmengenausweitung in Gang gesetzte Boom kann ökonomisch nicht aufrechterhalten werden.

Im Bestreben, den unweigerlich folgenden Abschwung zu bekämpfen, werden dann in der Öffentlichkeit Rufe laut – von Politikern, Gewerkschaften und Unternehmens- und Bankenvertretern –, die Zentralbank solle die Zinsen senken.

Die Zentralbank leistet Folge, und um das ein oder andere Mal kann das fortgesetzte Zinssenken den Bust in einen neuerlichen Boom umkehren. Doch diese Politik führt zu einer immer weiter anschwellenden Verschuldung der Volkswirtschaft.

Im Bust werden unrentable, mit Kredit finanzierte Investitionen nun nicht mehr liquidiert, sondern fällige Kredite werden durch neue Kredite, die einen niedrigeren Zins tragen, ersetzt.

Gleichzeitig locken die neuerlich gesenkten Zinsen weitere Investitionen an, deren wirtschaftlicher Erfolg wiederum davon abhängt, dass die Zinsen niedrig gehalten beziehungsweise auf immer tiefere Niveaus geschleust werden.

Die Produktionsleistung bleibt hinter dem Anschwellen der Kreditverbindlichkeiten zurück. Über die Boom-and-Bust-Zyklen hinweg wachsen die Verschuldungslasten der Volkswirtschaften relativ zum Output immer weiter an – etwas, dass weltweit in allen Fiat-Geldsystemen beobachtbar ist und den Weg in die Überschuldung signalisiert.

Dank des unerschöpflich scheinenden Kreditfinanzierungsspielraums im Fiat-Geldregime kann der Staat – der territoriale Monopolist für Recht und Sicherheit mit der Macht zur Besteuerung – immer weiter anwachsen.

Die Gesellschaft bewegt sich immer weiter weg von Kants Rechtsgesellschaft, in der „die Willkür des einen mit der Willkür des anderen nach einem allgemeinen Gesetze der Freiheit vereinigt werden kann.“

Im demokratischen Wettbewerb fordern die Wahlbürger die finanziellen Wohltaten ein, von denen sie meinen, dass sie ihnen zustehen. Regierungsvertreter und die, die es werden wollen, sind nur zu bereit, diesen Wünschen nachzukommen.

Der kurzatmige politische Wettbewerb wird mit neuem, durch neue Kredite geschaffenen Geld finanziert, und er konzentriert sich zusehends auf Transfer- und Umverteilungszahlungen.

Dabei werden produktive Ausgaben, deren Erträge erst künftig sichtbar werden, immer weiter zurückgedrängt, und die wachsenden Kreditverbindlichkeiten des Staates gehen einher mit sinkender gesamtwirtschaftlicher Leistungsfähigkeit.

Angesichts der Finanzkraft des Staates begeben sich immer größere Teile der Bevölkerung in die Abhängigkeit des Staates – indem sie in den Staatsdienst treten oder zu Beziehern von staatlichen Aufträgen werden.

Für sie wird der Staat zum Einkommensgarant. Sie werden – aus Eigeninteresse – einen „starken“ und damit „finanzkräftigen“ Staat befürworten. Wenn große Teile der Bevölkerung ihre Lebensersparnisse erst einmal in staatliche Schuldtitel, denominiert in Fiat-Geld, investiert haben, werden sie zu Befürwortern staatsstärkender Politiken.

Sie werden gerade in Krisenzeiten – für die ja das Fiat-Geld unweigerlich sorgt – dafür plädieren, dass die Finanzlage des Staates in jedem Falle gestützt wird, und sei es durch das Drucken von immer mehr Geld.

Vor die Wahl gestellt, überschuldete Staaten Pleite gehen zu lassen oder sie durch neu gedrucktes Geld über Wasser zu halten, wird man sich für das Zweitere, nicht aber

für das Erstere entscheiden. In gleicher Weise rationalisiert sich die Zustimmung zum Subventionieren unrentabler Banken.

Das Fiat-Geld beschwört folglich etwas hervor, was sich trefflich als *kollektive Korruption* charakterisieren lässt: Es gibt dem Einzelnen den Anreiz, ein Staatshandeln zu unterstützen, das die individuellen Eigentumsrechte immer stärker verletzt.¹⁷

Die kollektive Korruption, die das Fiat-Geld hervorbringt, richtet die gesellschaftliche Anreizstruktur auf ein immer weiteres Ausweiten der Kredit- und Geldmengen aus – also auf ein Herabsetzen des Geldwertes durch (Hyper)Inflation.

4. Ausblick

Die Ergebnisse der bisherigen Ausführungen lauten wie folgt:

(1) Der Staat – definiert als territorialer Monopolist für Recht und Sicherheit mit der Macht zur Besteuerung – zerstört das Sachgeld und ersetzt es durch Fiat-Geld.

(2) Das Fiat-Geld ist *keine unbeabsichtigte* monetäre Fehlkonstruktion. Es ist vielmehr die *logische Konsequenz* des Staates, der als Monopolist für Recht und Sicherheit mit der Macht zur Besteuerung im *öffentlichen Eigentum* steht.

(3) Der Staat – wenn er Monopolist von Recht und Sicherheit ist und die Macht der Besteuerung hat – wird nach und nach die bürgerlichen und unternehmerischen Freiheiten aufheben und in den (wie auch immer ausgestalteten) Sozialismus führen.

Friedrich August von Hayek erkannte das, und er plädierte daher dafür, dass das staatliche Geldmonopol beendet und ein Währungswettbewerb zugelassen wird. In „Denationalisation of Money“ (1976, 1978, 1990) schrieb er:

“If we want free enterprise and a market economy to survive (as even the supporters of a so-called 'mixed economy' presumably also wish), we have no choice but to replace the governmental currency monopoly and national currency systems by free competition between private banks of issue.”¹⁸

¹⁷ Siehe hierzu Polleit, T: (2012), Fiat Money and Collective Corruption.

¹⁸ Hayek, F. A. v. (1990), Denationalisation of Money, S. 130.

Der Währungswettbewerb – also ein freies Angebot von und eine freie Nachfrage nach Geld – wird zweifelsohne *gutes Geld* hervorbringen; die Begründungen soll an dieser Stelle nicht ausgebreitet werden.

Der Währungswettbewerb würde den Staat zurückdrängen, weil durch ihn die Finanzkraft des Staates beschnitten wird, und ein Währungswettbewerb würde so die Rückbesinnung zur *Privatrechtsgesellschaft* befördern.

Letztere ist nötig, damit gutes Geld nicht nur entstehen, sondern auch bestehen kann – eine Einsicht, die auch in den Worten von Ludwig von Mises (1881 – 1973) zum Ausdruck kommt. Er schrieb Anfang 1923, also kurz bevor die deutsche Hyperinflation ihr traumatisches Zerstörungswerk begann:

„Man irrt daher sehr, wenn man meint, man könnte wieder zu geordneten Währungsverhältnisse gelangen, ohne dass sich in der Wirtschaftspolitik Wesentliches zu ändern brauchte. Was zunächst und in erster Linie nottut, ist die Abkehr von allen inflationistischen Irrelehren. Doch diese Abkehr kann nicht von Dauer sein, wenn sie nicht durch vollständige Loslösung des Denkens von allen imperialistischen, militaristischen, protektionistischen, etatistischen und sozialistischen Ideen fest begründet wird.“¹⁹

Die wohl *wichtigste Weichenstellung*, um zu besserem Geld, einer marktwirtschaftlichen Geldordnung zu gelangen, ist das Verbreiten der „richtigen Theorie“, der richtigen Geldtheorie.

Das Wissen über die ökonomischen und ethischen Defekte des Fiat-Geldes wird die gesellschaftlichen Kosten der mittlerweile unentrinnbaren Krise (ab)mildern können.

Ludwig von Mises, der die Folgen des Fiat-Geldes klar erkannte hatte und die monetäre Konjunkturtheorie der Österreichischen Schule in ihren Grundzügen bereits 1912 entwarf, schrieb (1940, S. 40):

“But the boom cannot continue indefinitely. There are two alternatives. Either the banks continue the credit expansion without restriction and thus cause constantly mounting price increases and an ever-growing orgy of speculation, which, as in all other cases

¹⁹ Mises, L. v. (1923), Die geldtheoretische Seite des Stabilisierungsproblems, S. 37.

of unlimited inflation, ends in a "crack-up boom" and in a collapse of the money and credit system. Or the banks stop before this point is reached, voluntarily renounce further credit expansion and thus bring about the crisis. The depression follows in both instances."²⁰

Wenn in der Krise die breite Öffentlichkeit *keine* Klarheit über ihre *wahre* Ursache hat, werden *Um- und Fehldeutungen* Politiken legitimieren, die die Aussichten für die bürgerlichen Freiheiten und die Prosperität verdunkeln.

Resignation wäre jedoch ein schlechter Ratgeber. In seiner *Prolegomena* (1783) schrieb Kant: „Es ist niemals zu spät, vernünftig und weise zu werden; es ist aber jederzeit schwerer, wenn die Einsicht spät kommt, sie in Gang zu bringen.“²¹

Intellektuell aufrichtiges Auf- und Erklären und unermüdliches Werben für gute Ideen und richtige Theorien ebnen den Weg zurück zu gutem Geld, also marktwirtschaftlichem Geld – das unverzichtbar ist für den Erhalt der Freiheit.

²⁰ Mises, L. v. (1940), *Interventionism: An Economic Analysis*, The Foundation for Economic Education, Inc., S. 40.

²¹ Kant, I. (1989 [1783]), *Prolegomena zu einer jeden künftigen Metaphysik, die als Wissenschaft wird auftreten können*, S. 6.